getreten sein soll. Er weiß wohl nicht, wie es früher zuging? Da wurde einfach bestimmt, daß jeder mal reden muß. Konnte jemand 20 Minuten reden, so wurden drei solcher Redner ausgeschickt, um zusammen eine Versammlung abzuhalten. Wenn diese dann gelernt hatten, 30 Minuten zu sprechen, brauchte man nur zwei solcher Redner für eine Versammlung und so bildete man sie allmählich zu Freischwimmern aus. (Heiterkeit.) Was früher vielleicht gründlicher betrieben wurde, war das Studium der Broschüren und darin sollte man unsere angehenden Agitatoren unterstützen, indem man ihnen von Parteiwegen Material gibt. (Zuruf: Geschieht schon!) Ja es geschieht schon, aber noch nicht überall. Hätten wir früher geahnt, daß wir einmal so viel Redner haben würden, wie wir jetzt tatsächlich haben, so hätten wir geglaubt, damit eine Welt erobern zu können. Es hat sich aber gezeigt, daß mit der Zahl der Kräfte auch das Bedürfnis steigt. Die Hauptsache ist und bleibt, daß wir uns immer bewußt sind, daß wir uns nicht in innere Kämpfe verlieren dürfen. Unsere Gegner stehen außerhalb unserer Reihen. Erst wenn wir diese niedergeworfen haben, können wir es uns leisten, untereinander zu raufen. So lange wir noch Gegner des Sozialismus haben, müssen wir nach außen kämpfen. Dann wird es uns möglich sein, in wenigen Jahren unsere Anhängerzahl von neuem zu verdoppeln. (Lebhafter Beifall.)

Meister (Schlußwort): Nach Rücksprache mit den übrigen Mitgliedern der Kontrollkommission bitte ich Sie, den Wunsch des Genossen aus Mülhausen auf Streichung des letzten Satzes unserer Erklärung nicht zu erfüllen. Der Parteitag würde sich dadurch zu dem in Bremen gefaßten Beschluß in Widerspruch setzen. Der Genosse aus Mannheim hat gemeint, der Fall Gindorf liegt anders als ich ihn geschildert. Es ist richtig, daß der Gesangverein — Gindorf scheint ein bedeutender Sänger vor dem Herrn zu sein — ihm etwas Geld angeboten hat. Aber dabei ist es auch geblieben; und vom Angebot allein kann der Mensch nicht leben. Gindorf befand sich in der dringendsten Not. Er hat kein Geld erhalten. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn der Gesangverein dem Angebot die Tat hätte folgen lassen. Die Begründung unseres Urteils habe ich inzwischen erhalten. Ich bemerke noch, daß das Urteil ein einstimmiges war und daß wir sehr bald zu dem Resultat gelangten, daß, wenn irgend einem Genossen, so in diesem Falle dem Genossen Gindorf Unrecht geschehen ist. Ich bitte Sie, sich vorläufig dabei zu beruhigen. Die Mannheimer Genossen können ja weitere Schritte unternehmen.

Es wird zur **Abstimmung** geschritten. Entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand einstimmig **Decharge erteilt**. Vor der Abstimmung über die Erklärung der Kontrollkommission zur Mülhauser Angelegenheit bemerkt

Singer: Wenn die Erklärung angenommen wird, so wird dadurch das Recht der Mülhauser Genossen, bei dem nächsten Parteitag eventuell Berufung gegen das Urteil einzulegen, durchaus nicht beeinträchtigt. (Zuruf **Meister**: Selbstverständlich!) Die Mülhauser Genossen haben erst vor einigen Tagen die Begründung bekommen und es ist ihr Recht, Berufung einzulegen.

Hierauf wird **die Erklärung der Kontrollkommission angenommen**.

Antrag 117 **gelangt mit der Aenderung zur Annahme**, daß die Worte „Parteigenossen in Kattowitz" durch die Worte „der Parteitag" ersetzt werden.

Antrag 128 **wird abgelehnt**.

Antrag 146 **wird einstimmig mit der Aenderung angenommen**, daß im dritten Absatz statt „berechtigter Vorsichtsmaßregeln" gesagt wird: „notwendiger, aber loyal zu handhabender Vorsichtsmaßregeln".

Antrag 141 gelangt **mit dem Amendement Bernstein** (Nr. 148) **zur Annahme**.

Antrag 142 wird **mit einem Amendement** Michels, wonach hinter „provoziert" gesagt wird „unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte", **angenommen**.

Damit sind die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 4:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 81, 82, 83, 84, 85, 86, 125, 130, 139 und 144 vor, die **mit Ausnahme des Antrags 81 sämtlich unterstützt werden**.

Außerdem wird ein Antrag der Genossen des vierten und sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises eingereicht, den Antrag 83 **der Fraktion zur Erwägung zu überweisen**.

Referent **Förster**: Der neugewählte Reichstag hat jetzt seine erste Session hinter sich und wir können überschauen, was er für die Arbeiter geleistet hat. Mit diesen Leistungen sind wir natürlich ebensowenig zufrieden, wie unsere Presse. Es ist aber auch nicht richtig, daß die Verstärkung unserer Fraktion ganz ohne Einfluß geblieben sei. Verschiedene bürgerliche Parteien haben eine förmliche Jagd mit arbeiterfreundlichen Resolutionen begonnen, man hatte mit den Initiativanträgen die Erfahrung gemacht, daß sie meist nicht zur Verhandlung gelangten. Um das zu vermeiden, brachte man statt der Anträge Resolutionen ein. Man hatte es also eilig, den schlechten Eindruck, den die Annahme des Wuchertarifs im Volke gemacht hat, etwas zu verwischen. Von diesen zahlreichen Resolutionen ist nun aber nur ein kleiner Teil angenommen worden. Man sollte meinen, Konservative und Agrarier müßten mit diesem Reichstage sehr zufrieden sein. Das ist durchaus nicht der Fall. Unsere Unzufriedenheit mit dem Reichstage beruht auf anderen Gründen. Die Interessen des kleinen Mannes finden in ihm zu wenig Beachtung und wenn ein Teil unserer Genossen erwartet hat, daß das nach unserm großen Wahlsieg gleich wesentlich anders werden würde, so hat man unsre Gegner unterschätzt. So leicht lassen sich unsere Gegner nicht über den Haufen rennen. Dazu bedarf es ganz anderer Kämpfe, die sich wahrscheinlich gar nicht im Parlament, sondern außerhalb desselben abspielen werden. Es ist übel vermerkt worden, daß bei wichtigen Abstimmungen eine nicht unbeträchtliche Anzahl unserer Genossen fehlte. Ich brauche in dieser Beziehung aber den Bemerkungen Molkenbuhrs nichts hinzuzufügen. — Auch über die Fragen der Handels- und Zollpolitik brauche ich nach der Rede Molkenbuhrs nichts mehr zu sagen. — Nun zu den Anträgen. Zum Antrag 82 bemerke ich, daß für die Trennung von Staat und Kirche unsere Fraktion bei der Beratung des Toleranzantrages entschieden eingetreten ist, wie wir das natürlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder tun werden. Der Antrag 84 bleibt hinter christlich sozialen Forderungen zurück, in denen wiederholt die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre verlangt worden ist. Wir haben diese Forderung auch gestellt, man hat uns aber nachgewiesen, daß diese Herabsetzung eine erhebliche Steigerung der Kosten zur Folge haben würde. Das kann natürlich kein Grund sein, von der Forderung abzustehen. Es gibt noch eine große Anzahl von Leuten, die man zu den Beiträgen heranziehen könnte; ich denke dabei an die Rentner, die keine Arbeitgeber mehr sind, aber ihr Einkommen aus der Arbeit der Arbeiter ziehen. Wenn statt des 65. das 60. Lebensjahr in den Antrag aufgenommen würde, so wäre er, glaube ich, wohl annehmbar.

Die Antragsteller, welche den Antrag 85 gestellt haben, scheinen sich recht wenig um die Reichstagsverhandlungen gekümmert zu haben, denn für die Reform des Militärstrafwesens sind wir fortgesetzt eingetreten, ebenso für die Forderungen des Antrages 86. Ebenso wenig neues verlangen die folgenden Anträge. Es handelt sich überall da um Dinge, die stets und mit Nachdruck

von der Fraktion vertreten worden sind. Alle diese Anträge beweisen also, daß die Fraktion sich völlig im Einklang befindet mit den Forderungen und Wünschen der Parteigenossen. Wir sind ja auch stets für die Interessen der Arbeiter und der kleinen Leute eingetreten.

Nun noch einiges Allgemeine. Die Verschwendungssucht unserer Politik, die unter dem jetzigen Regierungssystem immer mehr zugenommen hat, hat eine finanzielle Misere zur Folge gehabt, der man jetzt durch die sogenannte Finanzreform abhelfen will. Dadurch werden auch die bürgerlichen Klassen berührt, denn es geht ja an ihren Geldbeutel mit, und in dieser Situation werden wir vor allem mit unserer Agitation einsetzen können und müssen. So leicht wird die Regierung aus der Finanzklemme nicht herauskommen. Nur um das vorhandene Loch zu stopfen, werden 100 Millionen gebraucht und dabei werden immer neue Millionen dem Moloch Militarismus und Marinismus geopfert. Die Regierung wird gezwungen sein, zu neuen Steuerquellen zu greifen, und dabei werden wir mit einer intensiven Agitation einsetzen können.

Ich bin am Schlusse meines Berichts und kann mich darauf beschränken, abzuwarten, ob irgend welche Monita gezogen werden. (Bravo!)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Leber wird in eine Diskussion des Berichts heute nicht mehr eingetreten. Die Verhandlungen werden vertagt, da in demselben Saale heute noch eine Versammlung stattfindet.

Schluß 8¾ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Leber-Jena eröffnet um 9¼ Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Leitung der Karl Zeiß-Stiftung sich bereit erklärt hat, 60 Mitgliedern des Parteitages die Besichtigung der Werke zu gestatten.

Singer: Ich bin in der Lage, Ihnen über den Ausgang der Essener Wahl Mitteilung zu machen. Nach einem mir zugegangenen Telegramm sind abgegeben bei der gestrigen Hauptwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Gewehr 28 500 Stimmen (Bravo!), für den Freisinnig-Nationalliberalen 17 800 Stimmen, für das Zentrum 85 500, für den Christlichsozialen 2200, für den Polen 1700. Es wird also eine Stichwahl zwischen dem Zentrum und dem Sozialdemokraten stattfinden. Es werden Sie die Zahlen von der letzten Wahl ebenfalls interessieren. Bei der vorigen Wahl hat der sozialdemokratische Kandidat erhalten 22 773, die Nationalliberalen und Christlichsozialen, die damals zusammengingen, 20 890, der Zentrumskandidat damals 85 157 und der polnische Kandidat 1589. Während also die bürgerlichen Parteien sich auf der Stimmenzahl, die sie das vorige Mal bekommen haben, gehalten haben, haben wir eine Zunahme von 6000 Stimmen zu verzeichnen. (Bravo!) Wir sind also die einzige Partei in diesem Wahlkreise, die an Stimmen gewonnen hat; unsere Stimmen sind um 30 Proz. gegen die vorige Wahl gestiegen. — Ich weiß mich einig mit dem gesamten Parteitag und der gesamten Partei Deutschlands, wenn ich unseren braven Genossen in Essen für die mühevolle, opfervolle und rastlose Arbeit, die zu einem so glänzenden Erfolge der Partei geführt hat, unseren wärmsten Dank und unsere herzliche Anerkennung ausspreche. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Genossen in Essen haben gezeigt, was von dem Gerede zu halten ist, daß die sozialdemokratische Partei im Rückgange befindlich ist. Die 6000 Stimmen Zunahme im Essener Wahlkreise, in einem Wahlkreise, der umstritten war wie kein anderer,

in einem Wahlkreise, wo noch am letzten Sonntag 200 Kapläne vom Zentrum hingeschickt worden sind (hört! hört!), um die Massen zu bearbeiten — bedeutet einen glänzenden Sieg, wie wir ihn uns schöner nicht wünschen können. Und diesen Sieg der tapferen Arbeit unserer dortigen Genossen verdanken zu können, das muß nicht nur unseren Dank hervorrufen, sondern das muß auch die anderen Wahlkreise anspornen, das gleiche zu tun, dem Beispiele zu folgen, welches die Essener Genossen uns gegeben haben. Parteigenossen! Dieser Sieg in einer Zeit wie der jetzigen, wo man auf allen Seiten der bürgerlichen Parteien sich der Hoffnung hingibt, daß die Sozialdemokratie ins Wanken kommt, dieser Sieg ist mehr wie eine gewonnene Schlacht. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie fest entschlossen ist, nicht nur an dem Errungenen festzuhalten, sondern weiter zu schreiten von Sieg zu Sieg unter der alten Proletarierfahne in dem alten revolutionären Kampf, der darin gipfelt: die bürgerliche Gesellschaft wird zerstört. . . Wir danken unseren Essener Genossen, daß sie in einer Zeit, wo von allen Seiten sehnsüchtig gewartet wird auf die kleinste Abnahme unserer Stimmen in irgend einem Wahlkreis — wir danken unseren Genossen, daß sie so die Fahne hochgehalten haben und die Ehre der Partei gewahrt haben. Parteigenossen! Dieser Sieg bedeutet mehr wie andere Erfolge. In einem Wahlkreise wie dem Essener, wo das Zentrum mit seiner kompakten Masse alles aufbietet, um die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse niederzuhalten, in einem Wahlkreise, wo das großindustrielle Kapital derartig erstarkt ist wie in keinem anderen — in einem solchen Wahlkreise eine sozialdemokratische Stimmenzunahme in dieser Höhe, das meine ich, soll auch für die bürgerlichen Parteien ein Zeichen sein, daß niemand, sei es auch wer es sei, mit uns fertig wird. Unsere Genossen im Essener Wahlkreis gehen jetzt in den Stichwahlkampf: an Hülfe dazu soll es ihnen seitens der Partei nicht fehlen. (Stürmischer Beifall.)

Krüger-Dresden: Der Bericht von Förster hat die Tätigkeit der Fraktion in recht günstigem Licht erscheinen lassen, wir zweifeln ja auch nicht daran, daß unsere Genossen alles getan haben, was in ihren Kräften steht, aber es bedarf doch immer wieder neuer Anregungen. Gewiß, der Antrag Dresden-Altstadt ist nichts Neues, aber bei aller Anerkennung der Arbeit unserer Genossen, besonders des Genossen Gradnauer, sind doch noch immer Fälle einer scheußlichen Militärjustiz zu verzeichnen. Ich erinnere nur an die horrenden Strafen, die über Landwehrleute verhängt wurden. Noch schlimmer steht es um den Vollzug der Strafen. Wir wenden uns entschieden gegen die Verhängung des Dunkelarrestes, der die Gesundheit der Bestraften auf jeden Fall schädigt, besonders das Augenlicht. Wir erziehen unsere Kinder doch nicht zu dem Zwecke, daß sie rohen Leuten zum Opfer fallen, welche dieselben bis aufs Blut peinigen. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen, er entspringt unserer gemeinsamen Ueberzeugung.

Graß-Hanau kommt auf die Abwesenheit eines Teiles der Fraktion bei wichtigen Abstimmungen zurück. Molkenbuhr hat die Sache zu leicht genommen. Wenn bei wichtigen Abstimmungen 28 Abgeordnete unserer Fraktion fehlen, so ist das ein Skandal, der zur Sprache gebracht werden muß. Wenn die Abgeordneten sich verspätet haben, so ist das keine Entschuldigung. Wir halten unseren Tadel aufrecht.

Adler-Kiel: Auch ich muß der Fraktion einen kleinen Vorwurf machen, weil ich ein schärferes Frontmachen gegen die Zwangspolitik gegen die Dänen vermißt habe. Das Vorgehen der dänischen Abgeordneten ist ja von unserer Seite unterstützt worden, die Fraktion hätte aber auch selbständig sich der Dänen annehmen müssen. Der König von Preußen hat bei seinem vorletzten Besuche ein paar Worte aus einem dänischen Liede zitiert; in Schleswig ist es verboten, das Lied zu singen! Personen, die jahrzehntelang in Schleswig gewohnt und nichts begangen haben, werden plötzlich ohne Grund ausgewiesen und andere

werden um ihrer dänisch gesinnten verstorbenen Väter willen nicht zum Referendarexamen zugelassen. Die Fälle Scherrebeck und Winter werden Ihnen im Gedächtnis sein, desgleichen der Fall Finnemanns, der wiederholt ausgewiesen wurde, bis schließlich das Oberlandesgericht ihn für einen Deutschen erklärte. Dann nahm man sich den Sohn vor, der in allen Instanzen als Däne erklärt wurde, weil der Vater Däne sei! Auch das Oberlandesgericht hat das Urteil bestätigt, woraus man ihm keinen Vorwurf machen kann, weil es an die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz gebunden und dadurch gezwungen war, sich selbst zu widersprechen. Als zu einem Prozeß der „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg." der in Dänemark weilende Finnemann vom Verteidiger als Zeuge geladen worden war, wurden vorher alle Züge aus Dänemark auf allen Stationen von der Polizei abgesucht, um Finnemann zu fangen und sofort wieder abzuschicken und in Kiel stand die Polizei zu dem Zweck vor den Toren des Gerichts und den Türen des Gerichtssaals. Als der geladene Zeuge dann doch durch die für Gefangene reservierte Tür eintrat, rief der Staatsanwalt: Mann, wo kommen Sie her? Es handelt sich bei der Dänensache um eine preußische Angelegenheit, aber es müssen Handhaben gefunden werden, um sie auch im Reichstage zur Sprache zu bringen. Damit, daß es sich um nationalistische Tendenzen handele, kann man meiner Forderung nicht entgegentreten. Es handelt sich vielmehr um einen Kampf gegen unerhörte nationale Unterdrückung, denen Unterstützung die Sozialdemokratie stets auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Sozialdemokratie predigt doch den Schutz aller Unterdrückten und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker!

Bernstein-Berlin: Das Fehlen unserer Abgeordneten bei Abstimmungen ist gewiß ein Uebelstand, der bekämpft werden muß. Es ist aber ein Irrtum, anzunehmen, daß ein Abgeordneter, der nicht auf der Abstimmungsliste steht, nicht im Reichstage gewesen ist. Er kann durch eine Konferenz, eine Naterteilung zurückgehalten sein und die Abstimmung versäumen. Vielleicht empfiehlt es sich, in unserer Fraktion die englische Institution des Einpeitschers einzuführen. Adlers Ausführungen kann ich nicht beantworten. Ich glaube nicht, daß die Fraktion eine passende Gelegenheit versäumt hat, um die Beschwerden der Dänen zur Sprache zu bringen. Darin sind wir alle einig, daß es notwendig ist, mit äußerster Energie das Selbstbestimmungsrecht jeder Völkerschaft, und sei sie noch so klein, zu verteidigen. Hindernd tritt uns aber hier die steigende Ohnmacht des Reichstages in den Weg. Ueber den Mangel an Kompetenz des Reichstages herrscht ziemliche Unkenntnis in den Kreisen der Parteigenossen, besonders aber in der auswärtigen Sozialdemokratie. Die Folge ist große Enttäuschung und Mißstimmung im Auslande. Zwar bewundert man die Organisation, die Opferwilligkeit und die Größe der deutschen Sozialdemokratie, aber man ist sehr enttäuscht über das, was bei unserer Fraktion im Reichstage geschieht. Wie anders ist es in Frankreich! Da folgte bei der Marokkofrage Interpellation auf Interpellation, bis Delcassé über die Klinge mußte. Was geschieht aber im Reichstage? Fast gar nichts! Wen trifft die Schuld? Im Reichstage ist das Interpellationsrecht, ein wichtiges Recht des Volkes, außerordentlich jämmerlich beschaffen. Während im englischen Parlament die Minister im Jahre 1903 4563 Fragen beantwortet haben, davon 2554 mündlich, brauchen die Minister im Reichstage überhaupt nicht zu antworten, oder wenn sie antworten, dann kommt heraus, was Herr v. Richthofen sagte: „Wer uns nicht paßt, den weisen wir aus." Diese Ohnmacht des Reichstages nimmt zu, teilweise unter dem Einfluß des derzeitigen Reichstagspräsidenten. Ich unterschreibe nicht alles, was über den Grafen Ballestrem geschrieben wird, aber er ist der gefährlichste Präsident für die Rechte des Reichstages, den wir je gehabt haben. In jovialer Weise, die schon bestechend wirkt, versteht er es, den Reichstag herabzudrücken. Es handelt sich scheinbar um Kleinigkeiten. Das Recht der Unterbrechung ist außerordentlich verkürzt, wenn

nicht aufgehoben. Aehnlich steht es mit den Korrekturen im Stenogramm. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Beuder-Magdeburg befürwortet den Antrag 86. Die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß bei den Handels- und Transportarbeitern eine überaus lange Arbeitszeit besteht. 70 Prozent der Transportarbeiter haben eine Arbeitszeit von über 14 Stunden täglich. Es wäre wünschenswert, wenn unsere Fraktion mal im Reichstage die traurigen Verhältnisse dieser Arbeiter, die infolge ihrer kollossal langen Arbeitszeit zu förmlichen Arbeitstieren herabgedrückt sind, zur Sprache bringen würde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde dazu beitragen, diese Arbeitergruppen, die in ihrer Mehrheit den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung heute noch ablehnend gegenüberstehen, für die Organisation zu gewinnen.

Wir erwarten deshalb, daß unsere Vertreter im Reichstage auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Handels- und Transportarbeiter hinwirken.

Molkenbuhr: Der Antrag 84 enthält eine alte, sehr populäre und in der Agitation leicht anwendbare Forderung, die bei vielen Leuten großen Anklang findet. Aber sieht man die Forderung näher an, dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgesetz geben kann als gerade diese. Mit ihrer Verwirklichung würde den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen werden. Ist ein Arbeiter arbeitsunfähig, dann kann er Invalidenrente erhalten, und diese Rente wird er auch persönlich verbrauchen können. Ist er aber noch arbeitsfähig und verdient gerade so viel wie jeder Arbeiter auf derselben Stelle, so wird ihm, falls er dann Rente erhält, diese Rente durch Kürzung des Arbeitslohns vielfach wieder abgesagt. Darin gehen Reich und Bundesstaaten voran. Die in den königlichen Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Leute, welche Altersrente erhalten, kommen gewöhnlich mit demselben Tage, wo ihnen die Altersrente zugesprochen wird, in eine niedrigere Lohnklasse, und es ist nicht selten, daß ihnen ein Mehr an Lohn abgezogen wird, als sie in Form von Renten erhalten. Die Forderung würde zur Folge haben, daß ungefähr drei Landarbeiter Rente erhalten und ein Industriearbeiter. Die Landarbeiter haben nun aber bekanntlich kein Koalitionsrecht, die Bauern werden dem alten Mann leicht seinen Lohn kürzen, und würde die Erfüllung der Forderung auf eine Unterstützung der Grundbesitzer hinauslaufen. Sobald die Altersgrenze herabgesetzt wird, wird der Zuwachs an Altersrentnern so groß sein, daß die Beiträge erheblich erhöht werden müssen; die Durchführung dieser Forderung wäre also nichts anderes als eine Belastung der Industriearbeiter zugunsten der Grundbesitzer. Das ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokraten diese Forderung nicht mehr erheben, sie ist zuletzt im Reichstage von dem bekannten Führer des Bundes der Landwirte v. Ploetz erhoben worden, der sich sagte, daß dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Ersparnis an Lohn haben würden. Ich sehe also nicht ein, weshalb wir mit einer solchen Forderung kommen sollen. Wollen wir an dem Gesetz etwas ändern, so haben wir dafür zu sorgen, daß die Leute leichter in den Bezug der Invalidenrente kommen können; nicht die Alters-, sondern die Invaliditätsgrenze muß verschoben werden, es muß Rente gewährt werden, wenn die Arbeitsfähigkeit auf die Hälfte oder zwei Drittel herabgemindert ist. Davon hätten Landarbeiter und Industriearbeiter gleichmäßig Vorteil.

Was den Antrag 86 betrifft, so fordern wir ja einen allgemeinen Maximalarbeitstag, und wir gehen dabei weiter als die Transportarbeiter. Es haben zwei Erhebungen für die Transportarbeiter stattgefunden, einmal über die Arbeitszeit im gewerblichen Fuhrwerksgewerbe und zweitens über die Arbeitszeit der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Aber leider sind bei den mündlichen Erhebungen über die Arbeitszeit im Fuhrwerksbetriebe gerade von den Arbeitern so bescheidene Forderungen gestellt, daß selbst, wenn diese Forderungen

in der Bundesratsverordnung, die ja wahrscheinlich kommen wird, Anerkennung finden, doch noch eine überaus lange Arbeitszeit für diese Kategorie übrig bleiben wird. Wenn wir einen allgemeinen Maximalarbeitstag durchsetzen, dann sind wir erheblich weiter. Die Transportarbeiter haben vereinzelt geradezu übertrieben bescheidene Forderungen erhoben, einzelne waren schon mit acht bis neun Stunden Ruhezeit zufrieden. Das Transportgewerbe weist die allerhöchste Unfallziffer auf, denn merkwürdigerweise ist das Fahren auf dem Lande weit gefährlicher als das Fahren auf See. Diese hohe Unfallziffer ist wesentlich auf die übermäßig lange Arbeitszeit zurückzuführen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Unfälle meist eintreten, wenn die Leute übermüdet und infolgedessen weniger vorsichtig geworden sind. Aber trotzdem können wir nicht im Interesse der Transportarbeiter Forderungen stecken, die hinter unseren allgemeinen Forderungen zurückbleiben. Die Bundesratsverordnung wird, sobald sie kommt, dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden, und dann kann ja die ganze Frage einer gründlichen Kritik unterzogen werden. Vorläufig schwebt die Sache noch, aber da die Verhandlungen bis auf den Bericht an den Bundesrat abgeschlossen sind, wird ja in allernächster Zeit auf diesem Gebiet etwas geschehen.

Lipinski-Leipzig: Was die Abstimmung über die Handelsverträge anlangt, so ist es doch bekannt, daß die Tagesordnung jeder Sitzung erst am Abend vorher festgesetzt wird. So erklärt es sich, daß manche Abgeordnete erst mit den Frühzügen nach Berlin fuhren und zu spät ankamen. Zu den Ausführungen Adlers möchte ich den Wunsch aussprechen, daß den Abgeordneten etwas mehr das Einzelmaterial über solche Fragen zugestellt wird. Selbst können sie unmöglich all dieses Material sammeln. Die Verhältnisse der Handelshülfsarbeiter sind im Reichstage wiederholt zur Sprache gebracht worden. Den Antrag 86 halte ich für überflüssig, weil er eigentlich nur etwas Selbstverständliches enthält.

Bernstein-Berlin setzt seine Ausführungen von vorhin fort. Das Recht der Unterbrechung, das in anderen Parlamenten sehr entwickelt ist, wird bei uns, namentlich seit Ballestrem Präsident ist, immer mehr beschränkt. Zwischenrufe, die oft sehr wichtig sind, werden einfach nicht stenographiert. Durch alles das werden die Rechte der Minderheit verkürzt. Wie ungeheuer sind die Rechte des Reichstags durch die Lex Gröber verkürzt, wonach der Präsident jedem das Wort zur Geschäftsordnung verweigern kann. Eine solche Geschäftsordnung ist eine Geschäftsordnung für den Staatsstreich. Dafür haben aber die wenigsten im Volke, ja nur erst ein Teil der Parteigenossen, Verständnis. Wie gering ist die Zahl derer, die da wissen, daß die Geschäftsordnung der Volksvertretung einer der wichtigsten Teile der Verfassung eines Landes ist. Das Parlament muß die Möglichkeit haben, bei jeder Gelegenheit die Regierung zu stellen. Zu Beginn des ostasiatischen Krieges wurde das Wort gesprochen, daß russische Trauer deutsche Trauer sei. Das widersprach ebenso wie spätere ähnliche Aussprüche der Gesinnung des Volkes. Der Reichstag aber hat sich in allen Fragen der äußeren Politik seiner Rechte begeben. Wenn nicht das Gefühl allgemein verbreitet wäre, daß wir hier vollkommen rechtlos sind — „Hunde sind wir ja doch!" wie Bamberger einmal gesagt hat —, so würde auch das Interesse an diesen Fragen größer sein. So aber müssen wir mit aller Entschiedenheit gegen den jetzigen Zustand der Dinge Protest einlegen. Ich bitte Sie, unsere Resolution anzunehmen, namentlich auch mit Rücksicht auf unsere ausländischen Genossen, damit diese sehen, daß wir, soviel an uns liegt, alles tun, um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen.

Ledebour-Berlin: Mit den allgemeinen Beschwerden über den Mangel an Rechten des Reichstages sind wir ja alle einverstanden. Nur hat Bernstein bei der Erörterung des Interpellationsrechts im Deutschen Reichstage einen Punkt übersehen, durch den in der perfidesten Weise das Interpellationsrecht

zunichte gemacht werden kann. Wenn nämlich eine Interpellation eingebracht ist, so hat die Regierung das Recht, zu erklären: Wir antworten nicht. Das ist noch nicht das schlimmste, denn wenn sie nicht antwortet, dann kann wenigstens durch Mehrheitsbeschluß eine Besprechung der Interpellation erzwungen werden, und bei solchen Gelegenheiten kann die moralische Wirkung der Besprechung unter Umständen durch das Stillschweigen der Minister noch verstärkt werden. Wir können darauf hinweisen: Die Regierung schweigt, weil sie nichts antworten kann, weil sie nicht zu antworten wagt. Aber die Regierung hat noch ein ganz anderes Mittel, das Interpellationsrecht zunichte zu machen: sie erklärt einfach, sie wolle die Interpellation beantworten zu gelegener Zeit, wenn die Umstände es ermöglichen, und dann wird die Interpellation nicht eher auf die Tagesordnung gesetzt, bis die Regierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, und da ist es immer eine wunderbare Fügung des Schicksals, daß dieser Zeitpunkt nie eintritt. Richtig ist, daß die Rechte des englischen Parlaments viel weiter gehen als die des Deutschen Reichstages. Nur wird bei uns jede Interpellation als Haupt- und Staatsaktion betrachtet, während in England etwa die 2000 Interpellationen jährlich nicht eigentlich Interpellationen in unserm technischen Sinne sind, sondern jeder Abgeordnete kann in England dem Minister mitteilen: morgen oder übermorgen werde ich an Dich die und die Frage richten; bei Beginn jeder Sitzung ist eine gewisse Zeit für derartige Fragen und Antworten reserviert. Das ist ein außerordentlich wichtiges und nützliches Recht, weil es Gelegenheit gibt, jede akute Frage ohne weiteres zur Erörterung zu bringen. — Bernstein meinte dann, wenn in uns allen ein stärkeres Bewußtsein der Macht und des Einflusses lebte, würden wir auch anders agieren und gebrauchte da in Anlehnung an ein Wort des verstorbenen nationalliberalen Abg. Bamberger: Hunde sind wir ja doch. Ein so deplaziertes Zitat ist wohl noch nie auf einem Parteitage gebraucht worden. Dieses Wort stammt doch nicht aus dem Gefühl des Mangels an Macht, sondern aus dem Gefühl des Mangels an Mut und ich glaube in Ihrer aller Namen es zurückweisen zu können, daß ein solches Gefühl des Mangels an Mut in uns lebt. Zu dem Bambergerschen Empfinden gelangt man nur, wenn man nicht wagt, gegen die Rechtlosigkeit vorzugehen. Der Entschluß, gegen die Rechtlosigkeit anzukämpfen, ist lebendig nicht nur bei uns, sondern auch bei den Sozialdemokraten aller Länder, zum Beispiel Rußlands, die noch viel weniger Rechte haben. Hunde sind vielmehr nur die Schergen des Absolutismus. (Sehr richtig!) Gegen die Resolution Bernsteins, was ihren Inhalt anlangt, habe ich nichts einzuwenden. Ich bedauere nur, daß Bernstein unter den Hinweisen auf die Fragen der Weltpolitik, die uns hier angehen, neben Marokko und dem russisch-japanischen Konflikt nicht auch die Besetzung von Kiautschou mit erwähnt hat. Das ist durch den russisch-japanischen Krieg für uns eine sehr akute Frage geworden. Gegenüber der aufstrebenden japanischen Macht können wir durch diese Besetzung von Kiautschou in Zukunft in eine ähnliche Situation kommen wie Rußland durch die Besetzung von Port Arthur. Trotz der Weltmachtstellung Deutschlands in Europa kann für uns diese Besetzung noch recht unliebsame Folgen haben, wenn wir nicht klug genug sind, vorher diese Erwerbung aufzugeben. Allerdings begreife ich die Unterlassung Bernsteins, denn unter den deutschen Parteigenossen war Bernstein der einzige, der die Besetzung Kiautschous gefeiert hat. Er schrieb damals: Das war nicht der schlechteste Streich der deutschen Politik. Der Reichskanzler Bülow hat das mit einem gewissen Geschick gelegentlich im Reichstage benutzt und gesagt: Ihr bekämpft die Besetzung, aber der hervorragende Theoretiker Bernstein hat ja diese Besetzung gebilligt. Wie manche andere Behauptungen Bernsteins, ist durch die geschichtliche Entwicklung auch seine Lobpreisung der Besetzung von Kiautschou gründlich widerlegt worden. Wir müssen dagegen protestieren, daß sich infolge des Hervor-

tretens von Bernstein in dieser Frage die Auffassung festsetzt, die deutsche Sozialdemokratie sei mit den Ansichten Bernsteins in Fragen der Weltpolitik einverstanden. Denn im Gegensatz zu seiner Auffassung halten wir die Besetzung Kiautschous für den törichtsten Streich, den die deutsche Politik in der sogenannten Weltpolitik sich überhaupt geleistet hat. (Bravo!)

Keimling-Dresden: Daß die Fraktion immer für die Trennung von Staat und Kirche eingetreten ist, ist richtig. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben; wir müssen auch Anträge in dieser Richtung stellen, wozu der jetzige Augenblick besonders günstig ist, nachdem es eben der Energie unserer französischen Genossen gelungen ist, in Frankreich die Trennung durchzusetzen. Nun hat das Zentrum im Jahre 1900 im Reichstage den sogen. Toleranzantrag eingebracht, der vom Reichstag angenommen wurde, da auch unsere Fraktion ihm zustimmte. Die verbündeten Regierungen gaben ihm keine Folge und er kehrte in der verflossenen Reichstagssession wieder. Die Mehrheit verwies ihn an eine Kommission; durch den frühzeitigen Schluß des Reichstags fiel er aber, wie auch verschiedene andere Anträge und halbfertige Gesetzesvorlagen, unter den Tisch. Diese Situation sollten unsere Genossen ausnützen und versuchen, durch selbständiges Vorgehen ganze Arbeit auf diesem Gebiete zu leisten, da der Toleranzantrag ja nur eine Halbheit darstellt. Verlangt er doch z. B. die Unabhängigkeit der anerkannten Religionsgemeinschaften, das Zentrum denkt aber gar nicht daran, die Mitglieder der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften oder Dissidenten vor polizeilichen Schikanen zu schützen. Es ist eben nur dann tolerant, wenn die Intoleranz sich gegen seine eigenen Anhänger richtet. Dieser Halbheit müssen wir unsere eigenen Anträge entgegensetzen.

Hartmann-Höchst: Der Zweck des Antrags der Hanauer Genossen ist, den Abgeordneten aufzugeben, in Zukunft dafür sorgen, daß sie bei wichtigen Abstimmungen anwesend sind. Die Entschuldigung Bernsteins, daß die Abgeordneten manchmal, selbst wenn sie im Hause des Reichstages anwesend wären, durch Besuche verhindert wurden, an den Abstimmungen teilzunehmen, ist eine Ausrede und genügt mir nicht, denn vor jeder Abstimmung wird ein Zeichen gegeben, worauf die Abgeordneten zu ihren Plätzen gehen und so ein rechtzeitiges Erscheinen ermöglichen können. Der in Dresden angenommene Antrag 119, in jedem Jahre ein Flugblatt über die Tätigkeit der Fraktion herauszugeben, ist leider in diesem Jahre noch nicht ausgeführt worden. Ich möchte die Fraktion bitten, das im nächsten Jahre nachzuholen.

Pinseler-Niederbarnim: Die Grenze für die Invalidität ist unseres Erachtens viel zu hoch. Wer nur zu einem Drittel erwerbsfähig ist, findet überhaupt keine Arbeit mehr. Im Interesse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter lenkt Redner die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die ungerechte Festsetzung des Durchschnittsjahresverdienstes für landwirtschaftliche Arbeiter durch die ganz unter dem Einfluß der Gutsbesitzer stehenden unteren Verwaltungsbehörden. Eine Aenderung der Feststellung des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der Landarbeiter ist dringend geboten; der Fraktion möchte ich ein Vorgehen in dieser Richtung empfehlen. In nächster Nähe von Berlin ist z. B. vorgekommen, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen von Landarbeiterinnen auf 360 M. festgesetzt wurde! Eine Frau, deren Erwerbsfähigkeit auf 40 Proz. herabgesetzt war, erhielt eine Rente von 8 M.!

Freiwaldt-Pankow: Der Beschwerde der Hanauer Genossen stimme ich durchaus zu. Die Entschuldigung, die Bernstein anführte, war so hinfällig, daß er selbst daran nicht glaubt. Auch Genosse Molkenbuhr wollte die Sache mit einer Handbewegung abtun. Ich möchte ihn aber daran erinnern, daß in der jetzten Session bei einer sehr wichtigen Frage von den Konservativen künstlich die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt wurde, und daß ihnen das damals nicht gelungen wäre, wenn nur 18 Genossen mehr anwesend gewesen wären. Es fehlten

aber zirka 40 von unseren Abgeordneten! Gerade die Gewerkschaftsführer müßten bei so wichtigen Angelegenheiten vollzählig anwesend sein. Bernstein hat dann eine Schilderung von der Ohtmnacht des Reichstages gegeben, wie sie schlimmer kein Anarchosozialist geben kann. Trotzdem stimme ich ihm zu, finde aber, daß der Reichstag selbst schuld an den Zuständen ist, weil sich die bürgerlichen Parteien darin fügen, daß man sie lediglich zu Handlangerdiensten benutzt. Auf dem Parteitag in St. Gallen wurde von einem Anwesenden, der jetzt Abgeordneter ist, gesagt, unsere Abgeordneten müssen ruppiger auftreten. Ich möchte diese Aufforderung jetzt wiederholen. Unsere Abgeordneten müssen bedenken, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört. Wenn man sich unsere heutigen Minister ansieht, so muß man wirklich sagen, daß sie nicht auf ihren Platz gehören und am besten zu ihren Regimentern zurückversetzt würden. Da würden sie weniger schaden als wie Minister.

Stadthagen-Berlin: Was die inneren Angelegenheiten des Reichstags betrifft, so wäre es mir lieb gewesen, wenn seitens der dem Reichstage nicht angehörenden Genossen etwas schärfer die Notwendigkeit der Erweiterung des Arbeiterschutzes betont worden wäre, damit klar wird, daß wir bei unseren Bemühungen in dieser Richtung die Partei hinter uns haben. Wenn Freiwaldt meint, wir sollten ruppiger auftreten, so würde ich mich gern bemühen, das zu versuchen. (Heiterkeit.) Aber damit allein ist es doch nicht getan. Der Genosse verwechselt dabei die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zum Reichstage. Dieselbe Verwechselung liegt meines Erachtens der Resolution Bernstein zugrunde. So gut die Resolution gemeint ist, so verstehe ich in der Tat nicht, wie ein Sozialdemokrat eine solche Resolution begründen kann. Die Resolution will „die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung lenken". Zunächst kann man nicht die Aufmerksamkeit auf etwas lenken, was bereits bekannt ist. Außerdem liegt gar nicht eine nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung, sondern lediglich diejenige Behandlung vor, die die bürgerliche Klasse dem Reichstage angedeihen lassen will. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die bürgerliche Klasse den Reichstag, den sie als Instrument für ihre Interessen zu benutzen beabsichtigt, in dem Moment ad acta legt, wo das Proletariat sich seiner bedient. Auf die persönliche Stellung eines Herrn Bülow oder der anderen Minister kommt es dabei gar nicht an. Wichtiger als die in der Resolution angeführten Fragen der auswärtigen Politik scheint mir ferner die Trockenlegung des Reichstags durch Verhinderung der Verhandlungen über Landarbeiter-, Bergarbeiter- und Polen-Fragen, die in immer größerem Umfange der Zuständigkeit des Reichstages entzogen werden. Ganz und gar muß ich aber dem zweiten Teil der Resolution widersprechen. Die „nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des Deutschen Reiches" ist uns gleichgültig; denn es kommt uns nicht auf die Personen, sondern darauf an, daß die Rechte des Volkes mißachtet werden, und zwar durch die bürgerlichen Parteien, nicht durch die Regierung. Diese Nichtachtung ist ferner nicht „nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien", sondern die natürliche Folge der kapitalistischen Entwickelung und Interessen. Und welches sind denn die Parteien, die Bernstein von seinem Vorwurf ausnehmen will? Die Konservativen oder die Nationalliberalen oder das Zentrum? (Ledebour: Die Nationalsozialen meint er!) Er kann doch nicht von Parteien sprechen, wenn er hier und da eine Person ausnehmen möchte. Man sieht hier wieder, wie wenig es nützt, wenn man allein die idealen Faktoren anruft. In einer seiner ersten Reichstagsreden wies Bernstein auf die armenischen Greuel hin, schlug mit großer Erregung auf den Tisch und rief die Hülfe Europas an! Trotzdem hat Europa bislang noch nicht geholfen. Es kommt für uns darauf an, die Ursachen der jetzigen Zustände zu ergründen; mit solchen

schwächlichen Resolutionen wird aber nichts erreicht. Wir wenden uns nicht gegen die Regierung, sondern gegen die kapitalistische Klasse, deren Werkzeug die Regierung ist. Ich bin auch ganz und gar nicht damit einverstanden, daß die bürgerlichen Parteien die Rückkehr zum persönlichen Regiment herbeiführen. Ich bitte Sie, die Resolution abzulehnen, weil sie schwächlich und überflüssig ist. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Bernstein: Dem Genossen Stadthagen erwidere ich, daß ich den Reichstag nicht für eine akademische Versammlung, sondern für eine politische Vertretung halte, die politische Fragen zu erörtern hat. Freiwaldt sagte, daß meine Ausführungen an Anarchosozialismus erinnern, aber ich gehe doch von einer ganz anderen Auffassung aus, ich wende mich gerade gegen eine Schwächung des Parlaments. Ledebour hat mir einen Vorwurf gemacht, daß ich an das Wort Bambergers erinnert habe; selbstverständlich bezog sich das Wort nicht auf unsere Partei. Ich habe nur gesagt, daß sich auch bei uns ein Gefühl eingenistet, das an diesen Ausspruch erinnert, der der Machtlosigkeit der nationalliberalen Partei entsprungen war. Was die Kautschoufrage betrifft, so bemerke ich, daß dasselbe, was ich darüber geschrieben habe, mit den gleichen Argumenten, nur noch positiver, seinerzeit gesagt ist in einem angesehenen österreichischen Partei-Organ, der „Wiener Arbeiterzeitung". Meine Anerkennung galt dem Gegenzug gegen die Intriguen Rußlands in Ostasien.

Das Schlußwort erhält

Förster: Den Genossen Adler möchte ich bitten, wenn er der Meinung ist, daß unsere Fraktion nichts Genügendes leistet in der Bekämpfung der Unterdrückungspolitik in Nordschleswig, uns in der Folge sein Material zuzuschicken. Es ist falsch, daß wir auf Anregungen der Gegner warten, um im Reichstage vorzugehen. Unsere Anträge, Interpellationen und Resolutionen beweisen das Gegenteil. Ich glaube, die Fraktion befindet sich in voller Uebereinstimmung mit der Partei. Ein grundsätzlicher Gegensatz ist nirgends zutage getreten. Wenn der eine oder andere wünscht, daß wir agressiver vorgehen sollen, nun so ist das Meinungssache. Jedenfalls steht die Fraktion innerhalb der Partei, ist ein Glied von ihr. Die Ansicht, daß unsere Abgeordneten nur eine molluskenartige Masse hinter sich haben, ist vollkommen unrichtig. Ich hoffe, daß wir weiter gemeinsam im Interesse der Arbeiterklasse und ihres Emanzipationskampfes unsere Tätigkeit nach allen Seiten hin entwickeln werden. (Bravo!)

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Antrag 81 wird nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 82, 83, 85, 86, 125, 130 und 139 werden angenommen.

Die Anträge 84 und 144 werden abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 118 Abs. 1, 127, 37 II, 143 und 147 vor.

Das Wort erhält der Referent

Richard Fischer-Berlin: Parteigenossinnen und Genossen! Unsere diesjährige Maifeier-Debatte hängt naturgemäß zusammen mit der Debatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß. Ohne die Diskussion in Köln würden wir wahrscheinlich ein ganz kurzes Referat und vielleicht gar keine Diskussion haben und uns damit begnügen, die vorjährige Resolution von neuem anzunehmen. In Köln ist — darüber brauchen wir uns nicht zu streiten — ein gewisser Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zutage getreten, ein Gegensatz, den man

nicht so formulieren darf: die Gewerkschaftsbewegung, die Beschlüsse des Kölner Kongresses stehen im Gegensatz zu der Partei und ihren Beschlüssen, sondern den man höchstens dahin präzisieren darf, daß man sagt: von seiten einzelner Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsmitglieder sind in Köln Auffassungen und Meinungen vorgebracht worden, die in einem gewissen Widerspruch zu den Auffassungen der Parteigenossen und zu der Art und Weise stehen, wie die Partei die Sache geregelt hat. Auch auf dem Gewerkschaftskongreß, genau so wie auf unseren Parteitagen, traten verschiedene Meinungen zutage. Die Filiale Luckenwalde des Holzarbeiterverbandes hatte beantragt, auf den Züricher Beschluß zurückzugehen und den Gewerkschaften die Pflicht aufzuerlegen, jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten von zentralorganisierten Arbeitern zur Durchführung der Arbeitsruhe gemacht wird. Ein anderer Antrag der sächsischen Agitationskommission der Steinsetzer, ging dahin, soviel als möglich die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Die Vorstände der Wiesbadener Gewerkschaften haben die Forderung aufgestellt, daß die Zentralverbände in ihren Grundforderungen auch die der Freigabe des ersten Mai aufnehmen sollten. Die Tabakarbeiter von Berlin und Erfurt wollten ausdrücklich, daß gegen jede Abschwächung der Maifeier eingeschritten wird, ebenso das Gewerkschaftskartell in Stralsund. Dann kam die die ganze Debatte beherrschende Resolution Schmidt, die den Standpunkt der Generalkommission vertrat und darin gipfelte, daß der Gedanke an Arbeitsruhe seitens der Gewerkschaften überhaupt aufgegeben werde, daß die Maifeier stattfinden solle als eine Demonstration der Arbeiterklasse in Form einer Abendfeier, weil nach seiner Auffassung der Wert dieser Demonstration in dem einheitlichen Charakter der Feier liege. Demgegenüber erklärt die Resolution Glocke den Standpunkt der Partei, wie er in Bremen und Amsterdam zum Ausdruck gekommen ist, auch für die Gewerkschaften als maßgebend mit dem ausdrücklichen Begweiser, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen. Die Resolution Bock-Gotha endlich verlangte, daß eine Konferenz mit der Parteileitung einberufen werden solle, um auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse eine einheitliche Aenderung der Maifeier gemeinsam zu bewerkstelligen.

Eine Beschlußfassung ist nicht erfolgt, alle Resolutionen wurden zurückgezogen, und zwar zurückgezogen, wie Glocke ausdrücklich erklärte, weil nach seiner Auffassung einerseits schon die Aussprache genügte, um den einzelnen Verbänden die Richtschnur zu geben für ihre Stellungnahme zur Maifeier, und andererseits zurückgezogen in der ausdrücklichen Absicht, daß die gegnerische Presse und die gegnerischen Parteien keinen Anlaß haben sollten, aus dem Abstimmungsverhältnis die eventuelle Schlußfolgerung zu ziehen, als ob ein Gegensatz gegen die Partei beabsichtigt sei, wie er auch tatsächlich nicht beabsichtigt war. Und der Vorsitzende Bömelburg hat ausdrücklich als Schlußfolgerung aus der Debatte als Auffassung des Kongresses konstatiert, daß die Gewerkschaften die Verpflichtung anerkennen, die Maifeier auf Grund der von den Parteitagen festgesetzten Form zu begehen, und zwar auch in der Weise, daß das Eintreten der Gewerkschaften für die Arbeitsruhe größer sein soll als bisher; zugleich müsse aber als Meinung des Kongresses die Auffassung betont werden, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß Partei und Gewerkschaften sich über eine bestimmte gemeinsame Stellung zur Maifeier einigen sollten, so daß man auf dem nächsten internationalen Kongreß die Meinung der deutschen Delegation als die Meinung der deutschen Arbeiterklasse auffassen könne.

Anscheinend war also das Ergebnis der Kölner Debatten eine völlige Uebereinstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften, und auch in bezug auf eine Reihe anderer Punkte hat der Gewerkschaftskongreß wiederholt Gelegenheit genommen, das gemeinsame Fühlen und Denken mit der politischen Partei zu betonen.